

Plön 2035

**sozial * wirtschaftsstark * klimaverträglich
durch sozialen und kulturellen Wandel**

Nr. 5

Aug. 2021



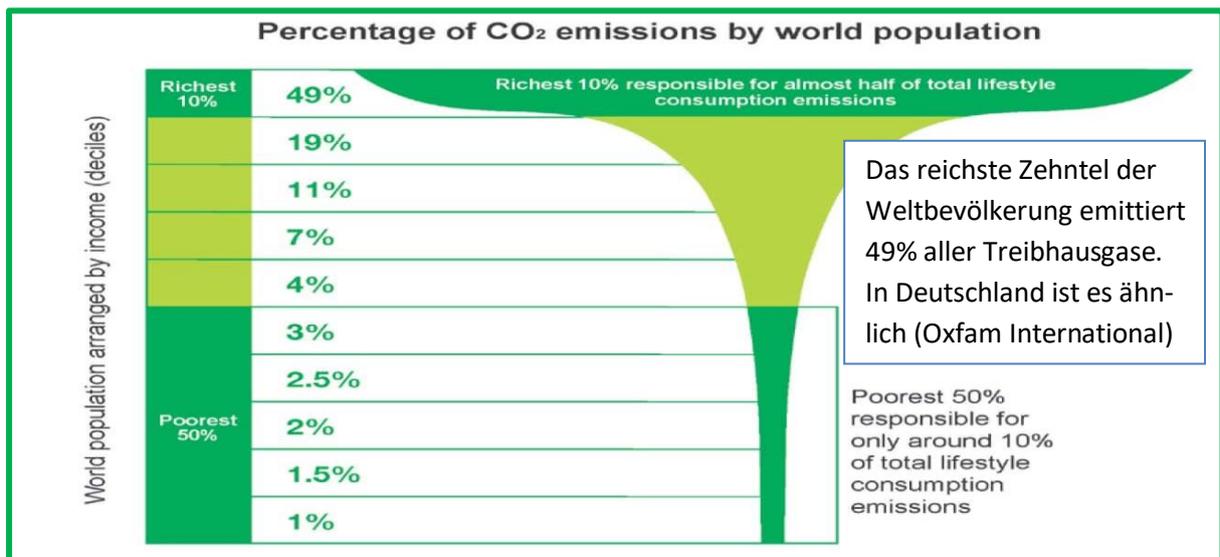
Grüne Blüenträume verwelken rasch. Warum eigentlich?

**Wenn der Wind des Wandels weht,
bauen die einen Schutzmauern,
die anderen Windmühlen**

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN EV

Inhaltsverzeichnis

Was meinen Sie: Woher stammt dieser Text?	S. 2
Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen Windmühlen	S. 3
Ein neues Leistungseigentum. Von Dr. Sahra Wagenknecht	S. 6
Zur Bundestagswahl: Für ehrlichen Umweltschutz statt Begünstigung von Besserverdienenden	S. 9
Konturen eines bürgerorientierten und sozialverträglichen Klimaschutz- konzepts für Plön, Teil 2	S. 13
Quellenverzeichnis	S. 15



Was meinen Sie: Woher stammt dieser Text?

„Freiheit und Recht sind nach unseren geschichtlichen Erfahrungen bedroht durch die Tendenz zur Akkumulation von Besitz und Geld, die die Reichen immer reicher werden lässt, und die Tendenz zur Konzentration des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in wenigen Händen.

Die Tendenzen zur Akkumulation des privaten Kapitals, wie sie etwa in der Verzinsung des Geldes, aber auch in der Wertsteigerung des Bodens sichtbar werden, sind einem über Gewinnstreben und Marktnachfrage gesteuerten Wirtschaftssystem ebenso eigentümlich, wie die Tendenzen zur Konzentration des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln. Sie sind die Kehrseite der durch eben diese Mechanismen gesicherten Leistungsfähigkeit eines solchen Wirtschaftssystems.

Dem freien Selbstlauf überlassen müssen eben diese negativen Tendenzen, bei aller ungebrochenen Leistungsfähigkeit, dessen Menschlichkeit am Ende zerstören: durch permanente Überprivilegierung der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen, der Reichen gegenüber den Armen, der Produzenten gegenüber den Konsumenten, des Faktors Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit. Das ist ... nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage: sie ist die Freiheitsfrage schlechthin“

(Die Antwort auf obige Frage gibt Link 1 im Quellenverzeichnis auf S.15)

Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Schutzmauern, die anderen Windmühlen

Seit 1990 sind die Emissionen des Verkehrssektors nicht gesunken. Das muss sich dringend ändern! In den Städten steigt mit sinkender Zahl der Autos die Lebensqualität. Besonders SUVs und Geländewagen müssen von der Straße verschwinden! Die Stadt Wuppertal veröffentlichte im Juli ihr Klimaschutzkonzept, das - viel ambitionierter als Plön - Klimaneutralität schon 2035 erreichen will (siehe Link 2). Dann sollen 25% zu Fuß gehen, 20% das Rad, 28% den ÖPNV und nur noch 27% den PKW nutzen. In flacherem Gelände wie z.B. in Plön ließe sich der Anteil des Radverkehrs weiter steigern. Plöns Lokalverkehr ist zugleich in den Masterplan Mobilität der Kiel-Region eingebunden.

Bis 2030 soll sich deutschlandweit der Radverkehr verdoppeln. Beispiel Berlin: Der rot-rot-grüne Senat beschloss 2019 die Schaffung von Radschnellwegen. Doch die Stadt ist autozentriert. Manche Verkehrsplaner denken immer noch autozentriert. Denn sie haben dies ebenfalls in den Jahrzehnten ihres Berufslebens verinnerlicht. Es gibt zwar ein Mobilitätsgesetz, trotzdem kommt nichts voran. Das beginnt beim internen Kompetenzwirrwarr der Verkehrssenats-Verwaltung und setzt sich über Abstimmungsprobleme mit den zwölf Bezirksverwaltungen fort. Wenn die Bezirke nicht wollen, wollen sie nicht. Punkt. Noch gibt es kein Change-Management. Die Bürger werden nicht einbezogen. Ihnen fehlt es daher am Verständnis für die Einschränkungen ihrer gewohnten Auto-Mobilität.

Nutzen statt Besitzen

Autos sind keine Fahr-, sondern Stehzeuge. Sie stehen 23 Stunden am Tag herum. Für die Kosten dieser 23 Stunden ließen sich im Monat viele Taxifahrten finanzieren. In Zukunft machen autonome (fahrerlose) elektrische Sammeltaxis Dutzende Millionen private PKW überflüssig. Mein Kompagnon und ich (H. Schulze) hatten bereits vor 20 Jahren diese Entwicklung abstrakt vor Augen. Ich kannte Winfried Wolfs Buch „Berlin – Weltstadt ohne Auto?“, hatte 1995 mit dem damaligen verkehrspolitischen Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion im kleinen Kreis über dessen Artikel „Brüder zur Sonne im Daimler“ diskutiert: Wolf hatte 1991 für die alte BRD ermittelt, dass 5,6 Millionen Taxis die damals 31 Mio PKW vollständig ersetzen und dies ein volkswirtschaftliches Kosten-Nullsummenspiel sei, das zugleich die Massenarbeitslosigkeit beenden würde. Auf den Kreis Plön übertragen: 14.100 Taxis würden die 78.300 zugelassenen PKW heute komplett ersetzen.

Die Abkehr vom überkommenen Besitz-Denken schreitet nicht nur beim Auto voran. Die pragmatische junge Generation setzt auf Carsharing: In Sprakebüll (Nordfriesland) kann man das windenergiebetriebene Dörps-Auto, einen Renault Zoe, für 2,50 Euro pro Stunde mieten. Immer mehr Gegenstände, z.B. Autos, Handys, sogar Häuser und Firmen lassen sich mieten oder leasen. Smartphones werden für 1 € verschenkt – der Servicevertrag sorgt hier für den Gewinn.

Marktwirtschaft wird Netzwirtschaft

Das Berliner Unternehmen, das ich mit meinem Kompagnon betrieb (43 Taxis), unterhielt einen stadtweiten Vorbestellungsservice: Menschen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort (Bahnhof, Flughafen, Abfahrts-

stelle des Reisebusses) sein wollten, waren interessiert, sich an der Haustür abholen zu lassen und den Fahrpreis mit den Reisegefährten aus der Nachbarschaft zu teilen. Dazu mussten wir das Taxiunternehmen umkrempeln: Wir richteten Abteilungen für Marketing und Auftragsabwicklung ein, ließen eine umfangreiche Software entwickeln und modernisierten Rechnungswesen und Controlling. Wir gingen ein (zu) hohes finanzielles Risiko ein und scheiterten in der Wirtschaftskrise. Dennoch nenne ich mich stolz einen Innovator.

Die Personenbeförderung ist streng reglementiert. Sammeltransporte unter Aufteilung des Fahrpreises sieht das Personenbeförderungsgesetz nicht vor. Sie bedürfen einer Sondergenehmigung. Symbol der Berliner Taxi-Innung ist der „Eiserne Gustav“, der 1928 gegen die aufkommenden Motordroschken protestierend mit seiner Pferdedroschke von Berlin nach Paris fuhr. Berlins rückständige Taxi-Innung wehrt sich prinzipiell gegen Sammeltransporte: sie könnten die Umsätze ihrer Mitglieder schmälern. Die erhoffte Sondergenehmigung war für uns außer Reichweite. Daher bewegten wir uns in einer Grauzone.

Auch um zur Aufhebung dieser Grauzone beizutragen, folgte ich gern der Einladung des Verkehrssenators, mich als stellvertretender Vorsitzender eines Berliner Taxiverbands an einem Sammeltaxiprojekt zu beteiligen. Vorbild war die Metropole Kopenhagen: Die Millionenstadt am Øresund setzte sowohl auf Radverkehr, als auch auf Sammeltaxis, um den ausufernden MIV (motorisierter Individualverkehr) zurückzudrängen. Die zuständige Taxizentrale sammelte die Bestellungen ihrer Kunden, bündelte per Computer die Reiserouten zu Sammeltransporten, ermittelte per GPS die aktuellen Standorte ihrer Taxis und vergab per Funk und Fax die Einzelaufträge. In Berlin gingen wir bescheidener vor: Zwei städtische Räume waren für Pilotprojekte vorgesehen: a) die City West um den Bahnhof Zoo, b) die 2002 noch völlig fehlende Anbindung der Gemeinde Kleinmachnow (Brandenburg) an das Berliner Verkehrsnetz sollte übergangsweise durch Sammeltaxis geleistet werden. In beiden Fällen sollten Fahrgäste durch Zubringerdienste von U- und S-Bahnhöfen zu ihren Haustüren zu Festpreisen befördert werden (im Projekt a) zu 2 €/Person). Doch sofort schoss die Taxi-Innung quer und mit ihr widersetzte sich auch die für Taxigenehmigungen zuständige Abteilung der Verkehrssenatsverwaltung. Wieder einmal versandete ein gut gemeintes Berliner Projekt...

Der Wandel („Change“) wird entgegen allen Widerständen zur Chance

Wenn es bei der Umsetzung von „gut gemeinten“ Maßnahmen hakt, dann liegt es meist an typischen Management-Fehlern - wie im eben dargestellten Fall. Erst im Nachhinein wurde mir deutlich, welche gewaltige Anpassungsleistungen wir unseren Taxifahrern zugemutet haben, als wir den Vorbestellungsservice installierten. **Sie waren dazu bereit, weil es sich für sie finanziell lohnte.** Viele jüngere Taxifahrer fühlen sich als „Cowboys der Straße“, weil sie sich ähnlich frei wähnen wie die Cowboys in alten Western. Sie können (in Maßen) selbst bestimmen, wann genau sie ihre Schicht beginnen, wann und wo sie welche Pausen machen, wie sie sich kleiden und so weiter. Sie haben ihr Studium u.a. durch Taxifahren finanziert, sind bisher erfolglos auf der Jobsuche und überbrücken die Zeit auf der Droschke. Jetzt forderte die Firma ihr Umdenken. Wer haftet z.B., wenn sie mit Freunden abends gefeiert haben und die vereinbarte Fahrt um 5:30 Uhr zum Flughafen nicht durchführen, weil sie

verschlafen haben, sodass die Fahrgäste ihren Flieger verpassen? Das kam zum Glück nie vor, doch es bringt die Tücken des Wandels auf den Punkt.

Ähnlich wie im Titel dieser Ausgabe („die andern bauen Windmühlen“), machten unsere Taxifahrer den Unterschied: **Sie sahen im Wandel (Change) eine Chance und nutzten sie.** Sie belegten Stadtführerkurse und zeigten auswärtigen Fahrgästen Berlin zu angemessenem Festlohn z.T. in deren Muttersprache, sogar auf Japanisch und Mandarin. Ein Kollege vermarktete seine Muttersprache Kisuaheli. Ein Fahrer, den es vom Wirken als Wissenschaftler im Lateinamerika-Institut auf die Droschke verschlagen hatte, baute seine Kontakte zu allen lateinamerikanischen Botschaften aus und bot Stadtrundfahrten mit hohem Mehrwert an.



Change Management ist das neue mentale Betriebssystem

Die Welt wandelt sich mit ungeheurer Geschwindigkeit. Alles fließt. Doch die meisten Menschen (84% aller Deutschen) haben Angst vor Veränderungen. Sie wollen ihr gewohntes Dasein weiterführen. Das funktioniert nicht mehr. Wenn der Wind des Wandels weht, igeln sie sich ein und bauen Schutzmauern. Zum entscheidenden Kriterium der Zukunftsgestaltung wird die Fähigkeit, sich dem Wandel zu öffnen. Unsere Taxifahrer zeigten, dass es funktioniert – weil sie erkannten, dass die Zukunft trotz miserabelster finanzieller Bedingungen im Taxigewerbe trotz alledem Chancen bereithält. Das gilt auch für den heutigen Klimaschutz: Während die 84 Prozent wie das Kaninchen auf die Schlange starrend die CO₂-Abgabe und weitere Steuern auf sie zukommen sehen (vgl. S.9) und die Klimaerhitzung voller Angst verdrängen, **erkennen nicht nur Sozialreure und Windanlagenbauer die Chancen, die der Klimawandel bietet.**

Change Management als Betriebssystem können wir uns analog zu den gängigen Computerprogrammen vorstellen: Windows liefert die Grundstruktur, Word, Excel, Access sind Bausteine zur Umsetzung. Analoges gilt für Marketing, Auftragsabwicklung und alle weiteren Teile des innovativen Taxibetriebs.

Der österreichisch-amerikanische Ökonom Joseph A. Schumpeter (1883-1950) sah die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) als treibende Kraft, die mit ihren Innovationen ganze Branchen gegen die bürokratische Schwerfälligkeit der Konzerne vorantreibt und den wirtschaftlichen Wandel provoziert. Dem Kapitalismus wohnt nach seinen Worten eine Unordnung inne, deren Resultat die kreative Zerstörung ist. Sahra Wagenknecht aktualisierte im folgenden Auszug aus ihrem Bestseller „Die Selbstgerechten“ Schumpeters Sicht:

Ein neues Leistungseigentum

Von Dr. Sahra Wagenknecht

Wenn unsere Wirtschaft wieder produktiv und innovativ werden soll, wenn wir die großen technologischen Fragen in überschaubarer Zeit lösen und eine echte Leistungsgesellschaft werden wollen, die jedem ein gutes Leben und Aufstieg ermöglicht, müssen wir daher Grundlegendes verändern. Wie gezeigt, kann privates Eigentum und Gewinnstreben nur da den technologischen Fortschritt voranbringen und damit die Wohlstandspotenziale der Wirtschaft erhöhen, wo der Wettbewerb funktioniert und klare Regeln und Gesetze dafür sorgen, dass Kosten nicht zulasten von Beschäftigten und Umwelt gesenkt werden können.

Dienstleistungsbranchen, in denen Marktmacht strukturell angelegt ist oder Kommerzialisierung zu falschen Anreizen führt – etwa in Krankenhäusern, in denen Kranke und Behandlungsmethoden dann nach ihrem Ertragspotenzial ausgewählt werden –, gehören nicht in die Hände kommerzieller Investoren, sondern in gemeinwohlorientiertes Eigentum. Erst recht gilt das für die digitale Infrastruktur unserer Gesellschaft.

Unternehmen erfüllen ihre Aufgabe nicht

Aber auch in Industrieunternehmen brauchen wir eine Gestaltung des Eigentums, die es in Zukunft ausschließt, dass wertvolle wirtschaftliche Strukturen und die Arbeitsergebnisse Zehntausender Beschäftigter von Investoren geplündert und im schlimmsten Fall zerstört werden können. Es muss verhindert werden, dass ganze Unternehmen zum Spekulationsobjekt werden können und unter dem Einfluss dividendenhungriger Anteilseigner ihre ökonomische Aufgabe nicht mehr erfüllen: gute, langfristig gebrauchsfähige Produkte und sinnvolle Dienstleistungen anzubieten und den technologischen Fortschritt voranzubringen.

Die alte Rechtsform der Kapitalgesellschaft leistet das nicht, im Gegenteil. Die begrenzte Haftung für Unternehmensverluste bei gleichzeitig unbegrenztem Zugriff auf die Unternehmensgewinne ist ein Widerspruch in sich, der zum Ausplündern von Unternehmen geradezu einlädt. Denn alles, was die Eigentümer rechtzeitig rausgeholt haben, geht im Falle des Scheiterns nicht mehr in die Konkursmasse ein. Diese Konstruktion ist so eigenwillig, dass sie von Adam Smith bis Walter Eucken von allen echten Marktwirtschaftlern abgelehnt wurde und bis Mitte des 19. Jahrhunderts auch nur für Bereiche von besonderem öffentlichem Interesse vorgesehen war. Trotzdem ist es kein Zufall, dass sie sich im Laufe der Zeit durchgesetzt hat. Kapitalgesellschaften ermöglichen am besten, was für kapitalistisches Wirtschaften charakteristisch ist: dass Unternehmen zu Anlageobjekten werden, um aus Geld noch mehr Geld zu machen.

Die Motivation echter Unternehmer ist, wie schon Schumpeter wusste, eine andere als die von Kapitalisten. Unternehmer gründen Unternehmen, arbeiten in ihnen und machen sie groß. Kapitalisten investieren Geld und wollen Rendite sehen. Echtes Leistungseigentum muss Unternehmern das Leben erleichtern und Kapitalisten die Möglichkeit nehmen, Firmen ihre Logik aufzuzwingen. Es muss verhindern, dass Finanzinvestoren ein Unternehmen plündern oder Erbdynastien es im Streit zerlegen können. Es muss die Ära leistungsloser Millioneneinkommen für unternehmensfremde Eigentümer und die Vererbung von Wirtschaftsmacht beenden.

**"Wer den Sozialstaat
diffamiert, ist ein
Trottel des
Neoliberalismus."**

Oskar Lafontaine



Begrenzung von Haftung und Gewinn

Genau das würde ein Rechtsrahmen leisten, der den inneren Widerspruch der Kapitalgesellschafteraufhebt und die Logik der Begrenzung von der Haftung für Verluste auch auf den Anspruch auf Gewinne überträgt. Ein nach solchen Regeln funktionierendes Wirtschaftseigentum soll im folgenden Leistungseigentum heißen. Ein Unternehmen in Leistungseigentum hat keine externen Eigentümer, sondern einfach Kapitalgeber mit unterschiedlichem Verlustrisiko, die entsprechend höhere oder niedrigere Zinsen erhalten. Ist eine Einlage einschließlich Zinsen abbezahlt, gibt es keine Ansprüche mehr. Das Kapital gehört der Firma und die Firma gehört sich selbst. Viele erfolgreiche Stiftungsunternehmen wie Zeiss, Saarstahl, Bosch oder ZF Friedrichshafen arbeiten heute bereits nach diesem Prinzip.

Leistungseigentum würde sicherstellen, dass vor allem die, die im Unternehmen eine Leistung erbringen, von einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung profitieren, während die Kapitalgeber ähnlich wie heute die Kreditgeber nach der Rückzahlung eines bestimmten Betrags abgefunden sind. Management und Belegschaft müssten dann keine Heuschrecken mehr fürchten, die sie übernehmen und ausweiden könnten. Zerstrittene Erben könnten ihnen nichts mehr anhaben und auch keine chinesischen Staatsfonds, die es auf Marke und Know-how abgesehen haben.

Keine externen Eigentümer

Der weit überwiegende Teil der Kapitalbildung in größeren Unternehmen geht ohnehin auf die Wiederanlage von Gewinnen und nicht auf Kapitalerhöhungen von außen zurück. Letztere sind nur in Zeiten besonders schnellen Wachstums oder eben in Krisen notwendig und auch bei Unternehmen in Leistungseigentum möglich. Auch Stiftungen haben keine externen Eigentümer. Brauchen Unternehmen in hundertprozentigem Stiftungseigentum Kapital, müssen sie auf Finanzierungen zurückgreifen, die keine Eigentumsansprüche begründen. Zeiss hat so eine 150-jährige Firmengeschichte, zu der immerhin zwei Weltkriege und eine Weltwirtschaftskrise gehörten, problemlos und erfolgreicher als viele Unternehmen in Privatbesitz gemeistert.

Doch Stiftungskonstruktionen sind kompliziert und eigentlich für gemeinnützige Aufgaben vorgesehen. Hier aber geht es um kommerzielle, gewinnorientierte Unternehmen, die sich von den heutigen nur dadurch unterscheiden würden, dass niemand sie mehr ausnehmen, kaufen, verkaufen, vererben oder ihnen sachfremde Kriterien der Unternehmensführung aufzwingen kann. Für kommerzielle Unternehmen war der Umweg über das Stiftungseigentum immer ein umständlicher Behelf, weil das Eigentumsrecht keine passenderen Möglichkeiten bereithielt. Deshalb ist ein neuer Rahmen notwendig, der außerdem nicht Ausnahme bleiben, sondern bei großen Unternehmen zur Regel werden sollte.

Um zu verhindern, dass die Führungsetage eines Unternehmens nachlässig, schlampig oder einfach schlecht arbeitet, braucht es keine externen Eigentümer. Was es braucht, sind Kontrollorgane, die mit Leuten besetzt sind, deren Interesse sich möglichst mit dem einer langfristig guten, stabilen und erfolgreichen Unternehmensentwicklung deckt. Wenn die Mitarbeiter – vom Hilfs- über den Facharbeiter bis zum leitenden Angestellten – gewählte Vertreter in das Kontrollgremium entsenden, ist gewährleistet, dass sich die Interessen der gesamten Belegschaft dort wiederfinden.

Je nach Größe und öffentlichem Gewicht des Unternehmens könnten auch Vertreter der Gemeinde, des Bundeslandes oder, bei sehr großen Unternehmen, des Bundes Mitspracherechte erhalten. Das ist vor allem sinnvoll bei sehr großen Unternehmen, deren Investitionsentscheidungen die gesamte Volkswirtschaft betreffen, oder bei solchen, die von öffentlichen Forschungsgeldern oder anderen Unterstützungen profitieren. Auch gemeinnützige Unternehmen ließen sich in der Form des Leistungseigentums führen, dann müssten im Kontrollgremium Vertreter der Allgemeinheit genau diese Gemeinnützigkeit als Kriterium der Unternehmensführung überwachen.

Stiftung Verantwortungseigentum

Interessanterweise wird ein ähnliches Modell wie das hier vorgestellte Leistungseigentum inzwischen auch von vielen aktiven Unternehmern gefordert. 32 von ihnen haben im November 2019 die Stiftung »Verantwortungseigentum« gegründet, mittlerweile hat sie bereits über 600 Unterstützer. Von der Stiftung wurde ein Gesetzentwurf für eine »GmbH in Verantwortungseigentum« vorgestellt, die den hier skizzierten Ideen zwar nicht genau entspricht, aber nahekommt. Will ein Unternehmer vollen Zugriff auf sein Eigentum und seine Gewinne, kann er immer noch eine Personengesellschaft mit voller Haftung gründen, was im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen, für die der Wettbewerb funktioniert, in jedem Fall eine Alternative bleibt. Auch für Industrieunternehmen in Leistungseigentum verlangt die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft mehr Wettbewerb und daher die Entflechtung großer Konzerne. Sie erfordert die Rückkehr zu leistungsgerechter Bezahlung und einen Staat, der seine Rolle als Forschungsfinanzier und strategischer Investor wieder zu übernehmen bereit ist. Und sie erfordert, dass wir die Globalisierung, wie sie in den zurückliegenden drei Jahrzehnten vorangetrieben wurde, beenden, Wertschöpfung nach Europa zurückholen und die Finanzmärkte neu ordnen. Unter solchen Voraussetzungen stehen die Chancen gut, dass unsere Wirtschaft ihre Innovationskraft zurückgewinnt.

(aus S. Wagenknecht: „Die Selbstgerechten“, Frankfurt /New York 2021, S. 291-295)

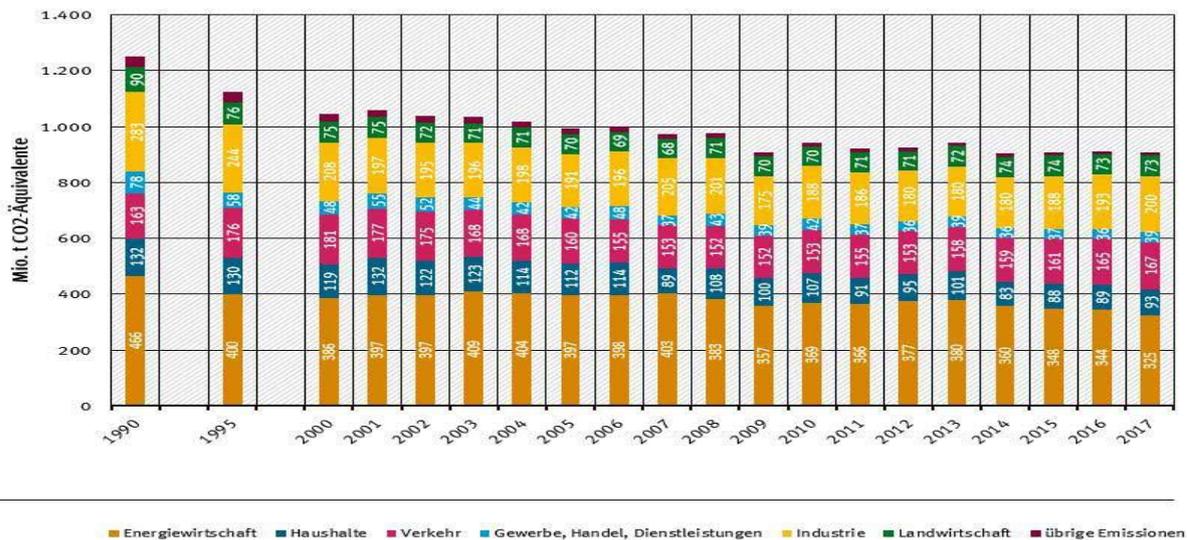
Zur Bundestagswahl: Für ehrlichen Umweltschutz statt Begünstigung von Besserverdienenden

Zur Vorgeschichte

Seit der UN-Konferenz 1992 in Rio ist die Dringlichkeit des weltweiten Klimaschutzes bekannt. Dennoch vergingen 23 Jahre, bis der Klimaschutz die Mitte der Gesellschaft erreichte. Mit dem Pariser Klimaabkommen deutete sich ein schwacher Wille zur Umsetzung an. Ende 2016 legte die Bundesregierung ihren wolkigen „Klimaschutzplan 2050“ vor. 2017 passierte wegen der Bundestagswahl nichts. Erst der Hitzesommer 2018 und die folgenden FFF-Aktionen schreckten die Politik auf: Das Kabinett beschloss, ein Klimaschutzgesetz Ende 2019 zu verabschieden. Im Sommer 2019 wurden die zuständigen Minister aktiv:

Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland

in der Abgrenzung der Sektoren des Aktionsprogrammes Klimaschutz 2020*



* Die Aufteilung der Emissionen weicht von der UN-Berichterstattung ab, die Gesamtemissionen sind identisch

Quelle: Umweltbundesamt 14.01.2019

- Das SPD-geführte Umweltministerium beauftragte drei Institute mit der Erstellung von Gutachten über die Wirkung einer CO₂-Abgabe: das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, unter Mitwirkung von Prof. Claudia Kemfert), das FÖS (Forum Öko-Soziale Marktwirtschaft) und das IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Das CDU-geführte Wirtschaftsministerium beauftragte den SVR („Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“, bekannt als „die fünf Wirtschaftsweisen“, er gilt als Gralshüter der neoliberalen Wirtschaftspolitik) mit einem gleichgerichteten Gutachten. „Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Prof. Dr. Christian Flachland, Prof. Dr. Matthias Kalkuhl, Dr. Brigitte Knopf (alle Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, Berlin) und Dr. Michael Pahle (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Potsdam) erstellten für den Sachverständigenrat eine Expertise zum Thema „Optionen für eine CO₂-Preisreform“ und nahmen auf unterschiedliche Weise an einem regen fachlichen Austausch mit dem Sachverständigenrat zu

den Themen des Sondergutachtens teil.“ Am Mercator Institute ist die Metro-Gruppe beteiligt (Media-Markt, Saturn). Wie zu erwarten, wurde das Sondergutachten zur Richtschnur für das Klimaschutzgesetz vom Dezember 2019. Mit Urteil vom 29.4.21 erklärte das BVerfG das Klimaschutzgesetz in Teilen für verfassungswidrig. Der Bundestag verschärfte daraufhin die Klimaschutzziele (siehe „Plön 2035“ Nr. 4, S. 12 ff). Welche Konsequenzen daraus für die Umsetzung, insbesondere für die CO₂-Abgabe und ggfs. weitere Maßnahmen resultieren, entscheidet die Bevölkerung bei der Bundestagswahl am 26.9.21.

Marktradikaler Handel mit Energie- und Industrieemissionen (EU-ETS)

Die energie-intensiven Bereiche Energie und Industrie (Stahl, Chemie, Papier, NE-Metalle) unterliegen der von der EU geregelten neoliberalen Klimapolitik (**EU-ETS = EU-Emission Trading System**). Die EU-Kommission steuert die Gesamtmenge der Emissionen über sinkende Mengengrenzungen, indem sie an die betroffenen Unternehmen Zertifikate (Berechtigungsscheine) ausgibt, um damit auf einem Sekundärmarkt zu handeln: Industrie und Energieerzeuger werden Schritt für Schritt mehr Zertifikate dazukaufen müssen, wenn sie weiterhin auf Energie aus fossilen Quellen setzen. Die Zertifikate werden deutlich verknappt. Hat ein Unternehmen seine Reduktionsziele übererfüllt, darf es den entsprechenden Anteil an seinen Zertifikaten verkaufen. Hat es die Reduktionsziele nicht erreicht, muss es Zertifikate dazukaufen. Das soll den Unternehmen freie Hand bei der Gestaltung ihres CO₂-Abbaus lassen. - 2005 begann das EU-ETS. Viele Jahre lang funktionierte der Zertifikate-Handel bei Preisen unter 10 €/t nicht: Die EU-Kommission hatte zu viele teils kostenlose Zertifikate ausgegeben und den Markt überschwemmt. Das ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie unglaublich weit die Markttheorie vom realen Wirtschaften entfernt ist! - Seit einigen Monaten zieht der CO₂-Zertifikatspreis stark an. Gegenwärtig liegt er bei fast 60 Euro je Tonne. Prognosen sprechen von 100 € Ende 2021. Das betrifft nur das ETS. Beschleunigt wird kurz- und mittelfristig z.B. die Umrüstung von Kohle- auf Erdgaskraftwerke. Langfristig soll Erdgas durch „grünen“ Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energien ersetzt werden.

Mit dieser Strategie halten die Konzerne an ihrer zentralistischen Energieproduktion fest. Das widerspricht dem dezentralen Charakter der Erneuerbaren. Es be- und verhindert die Bürgerenergiebewegung.

Marktradikaler Handel mit Gebäude- und Verkehrsemissionen (Nicht-ETS)

Für die lokalen Bedürfnisse entscheidend ist der **Nicht-ETS-Bereich** (Haushalte und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen im Gebäude- und Verkehrssektor). Laut SVR sollen sie schrittweise in das EU-ETS integriert werden. Übergangsweise soll die Regulierung in nationaler Hoheit verbleiben. Die Regulierung der CO₂-Emissionen erfolgt durch eine steigende CO₂-Abgabe über marktwirtschaftliche Prozesse (Angebot und Nachfrage), wobei der Staat die Höhe der Abgabe festsetzt. So steigt der Benzin- und Heizölpreis um 7 Cent je Liter, Erdgas um 6 Cent je Kubikmeter durch den gegenwärtigen CO₂-Preis von 25 € je Tonne. Bis 2026 soll der Preis um 5 €/t pro Jahr steigen, danach sieht man weiter.

Das soll verbrauchssenkend wirken. Etwa durch Konsumeinschränkung (z.B. Pullover tragen statt voll heizen, weniger weit in Urlaub fliegen), oder auf erneuerbare Energien setzen (Solarenergie), Rad und ÖPNV statt Auto nutzen, das Wohnhaus energetisch sanieren. Tausend Faktoren beeinflussen das Verhalten jenseits der Preise zusätzlich: von reinen Vorlieben über das Wissen bzw. Nichtwissen um Alternativen bis hin zur eigenen Finanzknappheit bei verbrauchssenkenden Investitionen. Dabei ist der Handlungsspielraum der Einkommens- und Vermögensschwachen im Vergleich zu den Bessersituier-ten deutlich enger. Die Besserverdienenden emittieren pro Kopf durch ihren Luxuskonsum (Langstreckenflüge, SUVs, übergroße Wohnungen, Kreuzfahrten etc.) weitaus mehr CO₂ als die Schwachen. Alleine schon 7 Cent pro Liter Benzin und Heizöl zusätzlich werden für die alleinerziehende Aldi-Kassiererin zum Problem, weil ihr Geld immer öfter nur noch für drei Wochen im Monat reicht. Der Preis für Strom, Fleisch, Heizung und Auto wird zur neuen sozialen Frage. **Je höher das Einkommen, umso weniger reagieren die Betroffenen. Sie können auch eine zehnfache Verteuerung aus der Portokasse bezahlen.**

Das wirkt sich unmittelbar auf die gesamte CO₂-Minderung aus: Alle drei vom Umweltministerium beauftragten Studien ermitteln eine CO₂-Reduzierung von 2020 bis 2030 von nur rund 15%. Das ist weit von den Paris-Zielen entfernt und enthält zudem ein großes Konfliktpotenzial. **Hier zeigt sich, dass der Preis ein höchst unzureichendes Lenkungsinstrument ist, wenn eine Gesellschaft so ungleich ist wie die heutige Bundesrepublik Deutschland.**

Minister Altmaier: Sozialausgleich so gestalten, dass alles beim Alten bleibt

Schon bei der Auftragserteilung an den SVR wies das Wirtschaftsministerium auf die zu erwartenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hin. Dabei standen ihnen die Kämpfe der französischen Gelbwespen vor Augen. Um dem entgegenzuwirken, stimmte der SVR sein Sondergutachten mit dem Conseil d'analyse économique der Macron-Regierung ab. So entstand der „soziale Ausgleich“: Der Staat dürfe die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe keinesfalls zum Stopfen von Finanzlöchern verwenden. Er müsse sie den Bürgern teilweise zurückgeben - in einer Weise, welche die allgemeinwirtschaftlichen Ziele des Sachverständigenrats nicht antasten. Diskutiert werden mehrere Varianten. Nicht vorgesehen ist die komplette Rückverteilung wie in der Schweiz, wo die Abgabe in gleichen Pro-Kopf-Beträgen am Jahresende ausgeschüttet wird. Bevorzugt wird eine geringfügige Reduzierung des Strompreises durch Finanzierung der Stromsteuer und Teilen der EEG-Umlage aus der CO₂-Abgabe.



Denkbar, aber nicht in Altmaiers Portfolio sind weitere Varianten: Erhöhung von Wohngeld, Hartz IV, BaföG, Pendlerpauschale, Zuschüsse für Wärmedämmung und den Kauf energiesparender Haushaltsgeräte – alles aus der CO₂-Abgabe. Immer zeigt sich hier eine Tendenz zur Vergleichmäßigung der Einkommen.

Der Sachverständigenrat, Gralshüter der reinen neoklassischen Marktgläubigkeit, hält solch „kleinteiliges“ Vorgehen für „höchst ineffizient“. Damit meint er eine differenzierte situationsangepasste Klimapolitik mit Förderungen, Geboten, Verboten, Anreizen, Steuern und Subventionen: „Der volkswirtschaftlich günstigste Weg ist, einen sektorenübergreifend einheitlichen Preis für Treibhausgasemissionen zu etablieren“. Denn „Ein Preis für CO₂-Emissionen kann Einzelentscheidungen der Haushalte und Unternehmen effizient koordinieren und ist einer kleinteiligen Steuerung überlegen.“ Damit erklärt der SVR das Geflecht von Geboten und Verboten für überflüssig und zu teuer. Ein einziger CO₂-Preis reiche aus. Das ist eine klare Begünstigung der Besserverdienenden: Sie können sich ihr Luxusleben auch bei einem hohen CO₂-Preis leisten.

Marktwirtschaftliche Lösungen allein reichen bei weitem nicht aus

Hier haben wir den Marktdogmatismus in Reinform. Der neoliberale Staat benennt einen Preis für alle THG-Emissionen – den Rest machen die Marktkräfte. Märkte wirken innerhalb solch ideologischer Scheuklappen immer effizient. Meistens ist das Gegenteil der Fall. Die wichtigen Fragen werden nicht gestellt:

Wie hoch muss die CO₂-Abgabe gesetzt werden, damit wir Klimaneutralität erreichen? Diskussionen über Preiselastizitäten bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, d.h. über Nachfrageänderungen aufgrund der Preissteigerung, interessieren nicht. Wir haben ja den Markt, und „die unsichtbare Hand Gottes“ werde, wie Adam Smith gesagt haben soll, stets harmonische Lösungen bewirken.

Solarstrom und Windkraft wären, weil am Anfang viel zu teuer, nie eine rentable Alternative zu Kohle, Erdöl und Erdgas geworden. Ebenso die Elektroautos und auch die neuen Stromspeichertechniken, Power-to-Gas-Technologien etc: Das alles würde dem SVR zufolge erst bei extrem hohem CO₂-Preis entwickelt. Zuvor mangle es an der erforderlichen Rentabilität. – Staatliche Förderung und Entwicklung solcher Technologien führen zu erheblich früherer Reife und Einsatz. Das alles ist jedoch kein Thema für den Sachverständigenrat.

Die staatliche Forschungstätigkeit (Windenergie, Speicher, Batterien, Power to Gas) muss ausgeweitet und nicht nach Konzernbedürfnissen gelenkt werden, sondern nach demokratisch beschlossenen Zielen. Forschungsergebnisse dürfen nicht mehr an Konzerne verschenkt werden. Sie sind u.a. kommunal in den Stadtwerken zu verwerten. Dabei ist die Produktion von Rüstungsgütern, sinnlosen Verpackungen und übertriebenen Luxusgütern zu vermeiden. Produktlebenszeiten müssen verlängert, die Reparatur- und Recycelfähigkeit erhöht sowie geplante Obsoleszenz (Defekt nach Garantieablauf) verboten werden.

Dazu sagt der SVR als Hort des neoliberalen Marktradikalismus nichts – im Gegenteil: Er schlägt vor, alle „kleinteiligen Maßnahmen“ zu streichen und zugunsten der Besserverdienenden einzig über den CO₂-Preis zu „regeln“.

(Der Artikel entstand unter Mitwirkung unsres stellvertretenden Vorsitzenden Bernd Jenning aus Kiel.)

Konturen eines bürgerorientierten und sozial-verträglichen Klimaschutzkonzepts für Plön, Teil 2

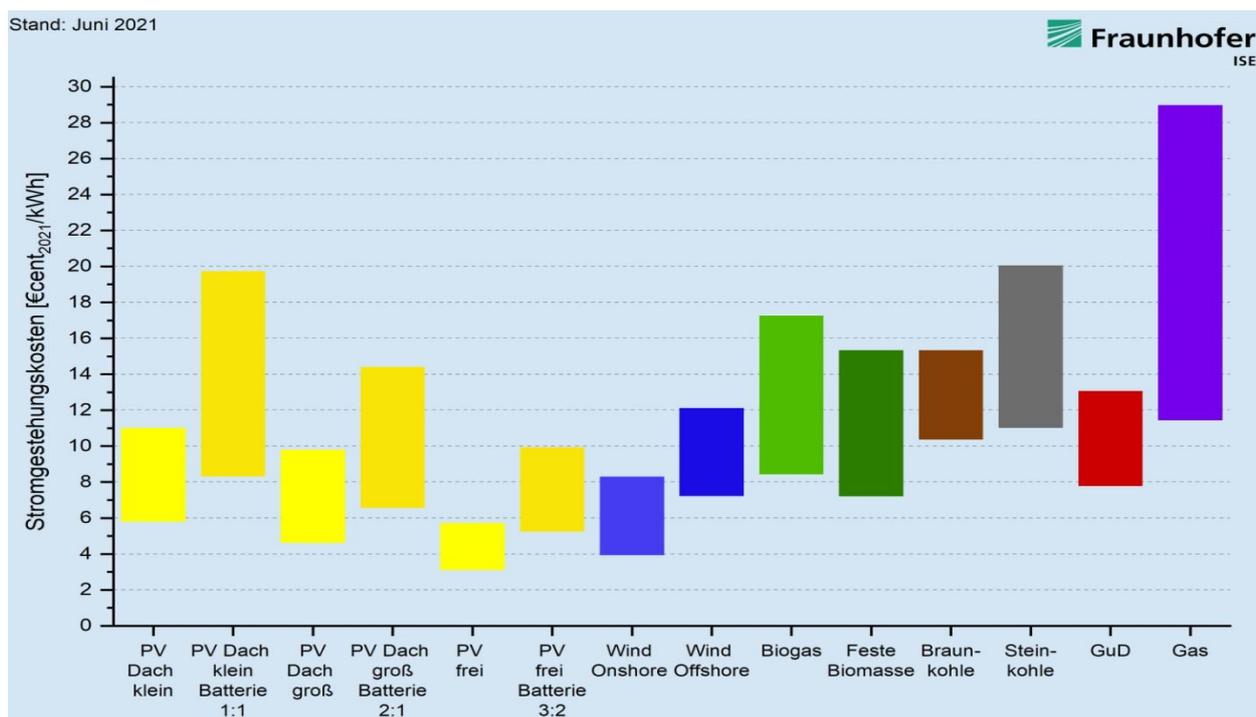
In Teil 1 („Plön 2035“ Nr. 4) bezifferten wir den gesamten Endenergiebedarf der Stadt Plön auf 63 Gigawattstunden (Millionen kWh) im Jahr. Der gegenwärtige Stromverbrauch liegt bei 15,9 GWh/a. Der große „Rest“ von 47,1 GWh/a besteht aus der Elektrifizierung von erdöl- oder erdgasbetriebenen Heizungen und der Umrüstung des gesamten Verkehrssystems auf erneuerbare E-Antriebe. Für die vollständige Umstellung der Sektoren Wärme, Mobilität (nur Nahverkehr) und (Elektro-) Geräten auf erneuerbare Stromversorgung bis 2035 würden rechnerisch benötigt:

- **1.000 PV-Anlagen zu durchschnittlich 13 kWp auf Dächern und an Gebäudehüllen, z.B. Balkonen. Sie erzeugen rund 11 GWh/a Strom**
- **Agri-PV über Agrarflächen, z.T. auch über Park- und Spielplätzen. 12 ha „Freiflächen“ ermöglichen eine Produktion von ca. 7 GW/a Solarstrom**
- **9 WEA von mittlerer Größe (z.B. Enercon E82, je 5 GWh im Jahr) in einer Entfernung bis 20 km von Plön. Sie produzieren zusammen 45 GWh/a.**
- **alternativ: Strom aus Biomasse und/oder Erdwärme.**

Laut Plöner Klimaschutzkonzept (S. 27) „kann 100% Klimaschutz in der Stadt Plön in wenigen Jahren erreicht werden. Hierfür wären aber aus heutiger Sicht radikale Maßnahmen, die keine Unterstützung bei den Bürger:innen finden würden und auch rechtlich nicht durchgeführt werden dürfen, notwendig“.

Bürger*innen, errichtet sofort Eure eigenen Windräder und Solaranlagen!

Damit ist die Hauptaufgabe umrissen: Es gilt, die Bürger zu überzeugen und – über Parlamentswahlen, neuerdings auch über Gerichte – den Druck auf die Politik zu erhöhen, damit die „radikalen Maßnahmen“ rechtlich möglich werden.



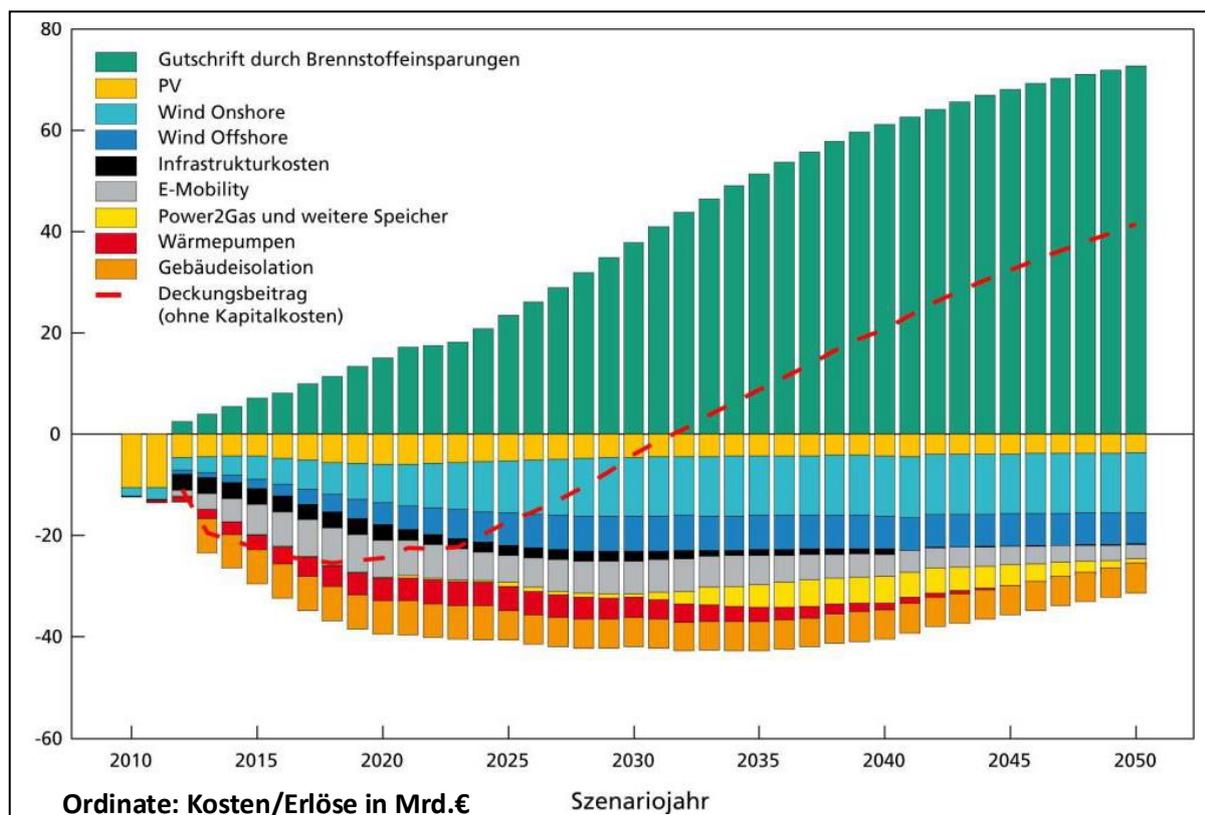
Erneuerbare Energien sind inzwischen unschlagbar günstig geworden. Wer heute in PV- und Windenergieanlagen investiert, hat sie binnen 12-15 Jahren abbezahlt und wird danach seinen eigenen Strom weitere 25-28 Jahre fast zum Nulltarif ernten, damit heizen, alle Geräte fast energiekostenfrei betreiben und ggfs. das E-Auto betanken.

Doch die wenigsten Bürger*innen haben das erforderliche „Kleingeld“ zur Hand, zumal in den meisten Fällen weitere Investitionen erforderlich sind (energetische Gebäudesanierung, Wärmepumpe). Für derartige Investitionen gibt es in den USA längst eine Lösung: ESCO.

ESCO (Energy Service Company) – wie funktioniert es?

Es handelt sich um einen Performance-Kontrakt. Solche Verträge schaffen die Verkäufer/Käufer-Märkte vollständig ab und ersetzen sie durch Provider/User-Netzwerke, in denen die ESCO die hundertprozentige Verantwortung für die Finanzierung aller Arbeiten übernimmt. Seit über 25 Jahren arbeiten ESCOs mit US-amerikanischen Kommunen und Privatpersonen zusammen.

Bildlich lässt sich das anhand dieser Grafik des Fraunhofer IWES für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2014 darstellen: Erneuerbare Energien ersetzen die Erdölimporte. Letztere betragen damals rund 100 Milliarden Euro im Jahr. Die grüne Fläche zeigt die Gutschriften durch fossile Brennstoffeinsparungen:



Kosten- und Erlösbetrachtung ohne Kapitalkosten bei gleichbleibendem Preisniveau für fossile Brennstoffe: Bei der Kosten-Nutzen-Bilanzierung werden die Brennstoffkosteneinsparungen den Investitionen gegenübergestellt. Der Deckungsbeitrag (gestrichelte rote Linie) als Differenz zwischen Brennstoffeinsparung und Investition dient dabei auch als Kenngröße für die Wirtschaftlichkeit des Projektes. © Fraunhofer IWES 2014

Die ESCO-Geschäftsidee besteht im Ausnutzen der Preisdifferenz zwischen fossilen und erneuerbaren Energien (vgl. das Schaubild auf S. 13), wobei die Erneuerbaren immer billiger und die fossilen Energien, nicht zuletzt dank steigender CO₂-Abgabe, immer teurer werden. Der Kunde, z.B. ein Hauseigentümer, schließt mit ESCO einen Vertrag: ESCO errichtet auf dem Dach des Kunden eine PV-Anlage und wartet sie. Der Kunde zahlt weiterhin die fossilen Energiepreise, als hätte er diesen Kontrakt nicht geschlossen, aber er bekommt real den preisgünstigeren Solarstrom vom eigenen Dach geliefert. Von der Preisdifferenz zahlt der Kunde die gesamte Anlage Schritt für Schritt ab und auch die Profitspanne wird aus der Preisdifferenz finanziert. Binnen 12-15 Jahren ist die Anlage in der Regel abbezahlt und die PV-Anlage geht automatisch ins Eigentum des Kunden über.

In den USA werden weitere Geschäfte auf diese Weise abgewickelt, z.B. energetische Gebäudesanierungen, die Installation elektrischer Wärmepumpen und die Errichtung ganzer Bürger- oder kommunaler Windparks. Der große Vorteil dieses Modells besteht darin, dass besonders ärmere Kund*innen ohne die ESCO viele Jahre lang sparen müssten, bis sie das notwendige Kapital zusammenhaben. Diese Zeit steht durch die Dynamik der Klimaerhitzung nicht mehr zur Verfügung. Wegen ihrer anerkannten volkswirtschaftlichen Bedeutung zahlen ESCOs in den USA keine Steuern.

Jeremy Rifkin bezeichnet das Performance-Contracting der ESCOs als „eine fundamentale Disruption des kapitalistischen Modells, die einen paradigmatischen Übergang in die Strukturierung des Wirtschaftslebens des 21. Jahrhunderts erzwingt“ (s. Zitatnachweis 5, S. 229).

Zunächst sollte in Deutschland eine zu ESCO analoge Struktur installiert werden: Kapital, das in der Realwirtschaft angelegt werden kann, ist im Überfluss vorhanden. Eine enorme Hürde besteht dennoch. Unterhalb des Radars existiert ein immenser Mangel an Fachpersonal – besonders an Solarteuren und Windanlagenbauern, aber auch an Installateuren. Die Herausforderung an das berufliche Ausbildungswesen ist gigantisch. Es herrscht akuter Handlungsbedarf.

Quellenverzeichnis

- 1: [Brief Halle \(freiheit.org\)](#) (Freiburger Thesen der F.D.P. von 1971, Seite 14/15)
- 2: [Wuppertal klimaneutral 2035 \(wupperinst.org\)](#)
- 3: [Die kommende CO₂-Abgabe – ein Fortschritt für die Klimapolitik? \(Franz Garnreiter\) \(Z. ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG\) \(zeitschrift-marxistische-erneuerung.de\)](#)
- 4: [Sahra Wagenknecht: Ehrliche Umweltpolitik statt Preiserhöhungen und Lifestyle-Debatten | Sozialökologisches Bündnis Plön \(sozialoekologisches-buendnis-ploen.de\)](#)
- 5: Jeremy Rifkin: „Der globale Green New Deal. Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann“, Campus Verlag Frankfurt/New York 2019, S. 222 ff

SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN

Ich möchte Mitglied werden
zum Monatsbeitrag von 2 €

Name _____

Adresse _____

Fon _____

Email _____

Unter-
schrift _____

Bitte abtrennen und per Post an
Hansjürgen Schulze
Ölmühlenallee 1 (App.1405)
24306 Plön

Who we are

Gründungsmitglieder unseres Vereins

Acht Aktivisten gründeten im Sept. 2017 den gemeinnützigen Verein „Sozialökologisches Bündnis Plön“: Drei von uns schöpfen aus eigenen kommunalpolitischen Erfahrungen als Kreistagsabgeordnete von Plön, Ostholstein und als Ratsherr in Kiel. H. Schulze, der Autor dieser Broschüre, ist Bankkaufmann, Diplompädagoge und Betriebswirt im Unruhestand und u.a. im Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform bei der Linkspartei in Berlin aktiv. Er war kaufmännischer Leiter eines innovativen Berliner Taxiunternehmens mit 170 Mitarbeitern.

Wir sind ein parteiunabhängiger gemeinnütziger eingetragener Verein. Aus § 2 unsrer Satzung: **„Zweck des Vereins ist die Förderung von Erziehung und Volksbildung. Der Zweck soll verwirklicht werden durch die Erarbeitung von gesellschaftspolitischen Ideen und Handlungskonzepten im Sinne der allgemeinen und gleichen Menschenrechte und der freiheitlichen Demokratie auf der Grundlage einer sozialpflichtigen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsordnung, um damit die Öffentlichkeit zu informieren.“** Wir sind Mitglied in der Plöner Agenda-2030-Initiative und im Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit ergänzen und stimulieren sich. Die übergroßen Herausforderungen Energiewende, maximales Recycling und Schonung der Ressourcen fordern von uns allen ein Umdenken.

Wir legen hier die fünfte Ausgabe unsrer Quartalszeitschrift vor, mit der wir die Entwicklung Plöns zur „Solarcity“ bis 2035 kritisch-konstruktiv begleiten werden.

V. i. S. d. P.: Hansjürgen Schulze, Ölmühlenallee 1, 24306 Plön
Sozialökologisches Bündnis Plön e.V.

Vorstand

Hansjürgen Schulze, Plön * Bernd Jenning, Kiel * Heinz-Joachim Müller, Preetz
<https://sozialoekologisches-buendnis-ploen.de> 04522-508093 hajueschulze43@gmail.com